

Strom für Nepal

Im Himalaya erhält eine Schule Zugang zu Solarenergie. Seite 3

FDP jetzt in Magenta

Der versuchte Neustart erinnert an evangelikale US-Fernsehshows. Seite 6

Foto: 123rf/Hannu Viitanen

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 7. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 5 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

Vorläufer der Gentrifizierung

Ein Gespräch über Hausbesetzungen und Stadtteilbewegungen und wie sie ungewollt dazu beitragen, der neoliberalen Stadt zum Durchbruch zu verhelfen. Seite 18

Foto: imago/Steffen Schellhorn

STANDPUNKT

Läuft nicht

Markus Drescher über Pegida und den wachsenden Widerstand

Es ist deutsch in Kaltland. Derzeit wieder sehr. Ein Tiefniveaugebiet mit Ursprung Dresden hält sich seit Wochen über Deutschland und bestimmt die politische Großwetterlage. Besonders wetterföhliche Politiker neigen bei diesen Verhältnissen zu schmerzlichem Rassismus und Gehirnkreislaufschwäche.

Damit stehen sie den, sagen wir mal, eher unterkomplex gestrickten Gestalten, die unbedingt Volk sein wollen, montäglich und im Internet faktenresistent gegen Islam, Migranten, Presse und Linke wettern, in nichts nach.

Beide – die rumopfernden von »DA UNTEN« und die Parolen aufnehmenden »DA OBEN« (um sich mal des Koordinatensystems und der bevorzugten Schreibweise der Pegida-Anhänger zu bedienen) – lechzen nach Aufmerksamkeit. Die einen wünschen sich, dass gemacht wird, was sie und nur sie wollen, die anderen, dass man ihnen zur Wahlurne nachlaufen möge. Den Pegida-Anhängern außerhalb Dresdens zumindest wurde am Montag jedoch nicht nur sprichwörtlich auf der Straße mitgeteilt: Läuft nicht.

Rassismus ist keine Randererscheinung. Aber die Fähigkeit zur Empathie mit Schwächeren, die Ablehnung, sie zum Sündenbock der eigenen Unbill zu machen, und die Abneigung gegenüber simpelsten Erklärungen eben auch nicht. Eine Aussicht auf schnelle Aufhellung besteht nicht, doch die Hoffnung, dass sich so die dunkelsten Wolken vertreiben lassen. Damit scheint zwar noch lange nicht die Sonne der Emanzipation über diesem Land, aber vielleicht ist es nicht mehr so deutsch.

UNTEN LINKS

Seit Pegida auf deutschen Straßen unterwegs ist, fallen die Benzinpreise. Unablässig. Das ist alles andere als erstaunlich. Zwar fallen in Dresden mittlerweile auch die Stollenpreise, was aber nach bisherigen Erkenntnissen eher nicht mit Pegida zusammenhängt. Der Niedergang der Spiritpreise indes ist in erster Linie dem Umstand geschuldet, dass die in Zeiten exzessiver Motorisierung weitgehend vernachlässigte Bewegungsform des Spaziergangs eine überraschende Renaissance erfahren hat. Diese der Pegida-Bewegung eignende Fußnote ist somit das wichtigste Widerstandspotenzial gegen die drohende Islamisierung des Abendlandes. Denn hinter Letzterer, wir wissen es, stecken bekanntlich die Ölscheichs mit ihren Milliarden. Doch die Petrodollars sind nun perdu, per pedes sozusagen. Da können die orientalischen Potentaten ihre Preise ins schier Bodenlose schicken: Wer läuft, braucht kein Benzin. Und ohne Benzin auch kein Muezzin. So einfach ist das. *ibo*

Warum brannte Oury Jalloh?

Noch immer viele Fragen zum Tod des Flüchtlings aus Sierra Leone vor zehn Jahren



Oury Jalloh verbrannte am 7. Januar 2005 in Dessau – in Polizeigewahrsam, auf einer Matratze festgeschnallt.

Foto: ddpi/Jens Schlüter

Dessau. Mit einem Feuerzeug, das die Polizei bei der Leibesvisitation offenbar übersehen hatte, soll sich Oury Jalloh am 7. Januar 2005 in der Zelle 5 des Dessauer Polizeipräsidiums angezündet haben – um auf sich aufmerksam zu machen. So lautet die offizielle Version über den Tod des 36-jährigen Flüchtlings. Weil der Polizeibeamte Andreas S. den Feueralarm ignoriert hatte, wurde er wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10 800 Euro verurteilt. Der Bundesgerichtshof lehnte eine Revision ab, das Urteil ist somit rechtskräftig. Abgeschlossen scheint der Todesfall aber noch lange nicht.

Auch an diesem Mittwoch, Jallohs zehntem Todestag, wird mit Kundgebungen in Dessau an den Mann aus Sierra Leone erinnert. Den Auftakt bildet ein stilles Gedenken an der Haupttreppe zu dem Polizeirevier, in dem Jalloh starb. Kerzen sollen entzündet und Blumen niedergelegt werden, der Oberbürgermeister von Dessau, Peter Kuras (FDP), wird sprechen. Außerdem werden die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« sowie Flüchtlingsgruppen in Dessau demonstrieren. Sie fordern eine wirkliche Aufklärung der Todesumstände von Jalloh, der von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde, weil sich

Frauen von ihm belästigt fühlten und seine Identität nicht geklärt werden konnte.

Unlängst veröffentlichte die Initiative ein Gutachten, das die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau auf den Plan rief. So fand der beauftragte Thermophysiker Maksim Smirnou heraus, dass Jalloh mit einem Feuerzeug allenfalls einen Schwelbrand hätte auslösen können. Die tatsächlichen Temperaturen müssten aber sehr hoch gewesen sein. Zudem entdeckte Smirnou am Leichnam Indizien für Brandbeschleuniger. Die Staatsanwaltschaft prüft seitdem, ob es weitere Ermittlungsansätze gibt. *nd*

Tagesthema Seite 2

Bürgerrechtler sauer über Begriffsenteignung

Pegida trete im Namen des Aufbruchs von 1989 dessen Werte und Prinzipien mit Füßen

Zunehmender Widerspruch begleitet die nationalistischen Demonstrationen der Pegida. Erneut erhoben Bürgerrechtler aus der DDR ihre Stimme.

Berlin. Erneut haben frühere Bürgerrechtler aus der DDR zum Widerstand gegen die rechte Pegida-Bewegung aufgerufen. »Mit dem Schreckensbild einer sich angeblich vollziehenden »Islamisierung« Deutschlands werden Feindbilder geschaffen und Ängste geschürt«, warnten der frühere Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, und 17 weitere frühere DDR-Bürgerrechtler in ihrem am Dienstag veröffentlichten Aufruf. Empört zeigten sie sich darüber, dass Pegida-Anhänger bei ihren Demonstrationen montags in Dresden den Ruf »Wir sind das Volk« verwenden. »Diese Begriffsenteignung werden wir nicht hinnehmen«, heißt es in dem Aufruf mit dem Titel »Gegen Ressenti-

ment und Abschottung: Für die Werte von 1989!« Pegida trete die Werte und Prinzipien des Aufbruchs 1989 in Wahrheit mit Füßen. Zu den Unterzeichnern gehören Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Thierse und Freya Klier sowie die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Brandenburg, Ulrike Poppe, und die Liedermacherin Bettina Wegner. Am Vorabend hatten sich in Dresden erneut rund 18 000 Menschen zu einer Pegida-Demonstration versammelt – und damit wieder mehr als zuvor. Rund 4000 Menschen protestierten dagegen. In weiteren Städten demonstrierten Tausende Menschen gegen Pegida – in Stuttgart mehr als 8000, in Münster über 10 000, rund 7500 in Köln, in Berlin 7500.

Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, darunter die Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder (beide SPD), sprachen sich in Interviews

gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aus. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) lehnte einen Auftritt bei Pegida ab. Das Angebot, »von ei-

»Insgesamt zeigte sich gestern erneut, dass die Pegida-Organisatoren ihre Anhänger längst nicht mehr im Griff haben.«

Kerstin Köditz, LINKE

ner Bühne zu sprechen, von der die Kanzlerin und andere Politiker mehrfach unsachlich beschimpft und gegen Ausländer gehetzt wurde, lehne ich ab«, erklärte er am Dienstag. Er stehe aber »immer zu einem Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.«

Unterdessen stellte der sächsische Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) Strafanzeige wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch gegen 18 Personen. Die Gruppe, die dem extrem rechten Spektrum zugeordnet wird, war am Montagabend ohne entsprechende Genehmigung in den Eingangsbereich des Altbaus des Landtagsgebäudes gelangt. Sie habe ein Transparent enthüllt und Fahnen gezeigt, auf denen das Symbol der rechtspopulistischen »Identitären Bewegung« zu sehen war. Erst nach mehrfacher Aufforderung hatte die Gruppe das Landtagsgebäude verlassen. Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Landtag, machte auf bekannte Neonazis in den Reihen der Gruppe aufmerksam und kritisierte, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen die »Identitären« nicht ernst- und von der Beobachtung ausnehme. *nd/epd*

Geldbuße statt Haft für Tim H.

Landgericht Dresden fällt Urteil

Dresden. Im Berufungsprozess am Landgericht Dresden ist der 38-jährige Tim H. wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 45 Euro verurteilt worden. Das Gericht milderte damit den Richterspruch aus erster Instanz deutlich ab. Das Amtsgericht Dresden hatte den Berliner im Januar 2013 noch zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt, nachdem es ihn als Rädelsführer bei einem schweren Fall des Landfriedensbruchs für schuldig befunden hatte. Ihm wurde vorgeworfen, bei Protesten gegen Naziaufmärsche am 19. Februar 2011 in Dresden einen Durchbruch von Nazigegnern durch eine Polizeisperre mit einem Megafon koordiniert zu haben.

Im Berufungsverfahren hatte sich die Beweislage indes als schwach herausgestellt. Ein Video der Polizei, das H. belasten sollte, klammerte aus, dass am Ort des Geschehens bis zu fünf Personen mit Megafon anwesend waren. Verteidiger Ulrich von Klinggräff warf den Polizisten in der gestrigen Verhandlung »Stimmungsmache« vor. Er forderte einen Freispruch. Auch die Staatsanwaltschaft blieb mit ihrem Antrag, H. zu acht Monaten auf Bewährung zu verurteilen, weit unter dem Strafmaß aus dem ersten Prozess. Im Urteil warf das Gericht den Ermittlern vor, sich »vorschnell auf den »Großen« eingeschossen« zu haben. *nd*

Seite 6

Fahimi mahnt in »Grexit«-Debatte Zurückhaltung an

SYRIZA-Chef: Bundesregierung erzählt »Ammenmärchen«

Berlin. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi hat in der Debatte über ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone Zurückhaltung angemahnt. »Ein Ausstieg Athens aus dem Euro wäre für Griechenland fatal und für Europa eine Belastung«, erklärte die Politikerin in der »Rheinischen Post«. »Deshalb sollten wir nicht leichtfertig über solche Szenarien reden.« Die Vizechefin der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, forderte indes einen Schuldenschnitt für das gebeutelte Land. Die Staatsverschuldung liege bei »über 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts«, sagte sie im RBB. »Solche Schulden kann man nicht bedienen, das heißt, diese Schulden müssen sowieso irgendwann abgeschrieben werden.«

Auslöser der Diskussion war ein Medienbericht, wonach die Bundesregierung bei einem Sieg des Linksbündnisses SYRIZA bei der Parlamentswahl am 25. Januar einen Austritt Griechenlands aus der Gemeinschaftswährung für verkraftbar hält. SYRIZA-Chef Alexis Tsipras hatte ein Ende der Sparpolitik angekündigt, falls er die Abstimmung gewinnen sollte.

Tsipras kritisierte unterdessen die deutsche Debatte. In der Internetzeitung »Huffington Post« warf er Schwarz-Rot vor, »Ammenmärchen und Geschichten vom Austritt Griechenlands« zu erzählen. *Agenturen/nd*

Seiten 4 und 16

Lesen Sie heute im Ratgeber

Kündigen oder nicht kündigen? Die neuen Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen

Mietrecht: Rechtzeitig und sicher aus dem Mietvertrag

Neu ab 2015 rund um Haus, Energie und Haushalt

ISSN 0323-3375

